

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Schlittern wir in eine finanziell unsichere Zukunft?

Der Finanzplan der Regierung für die Jahre 1989 bis 1993 sieht den Einsatz von Fremdkapital und den Abbau der Fondsreserven vor

(G.M.) - Die Finanzplanung der Regierung, die dem Landtag als Zusatz zum Budget 1989 vorliegt, sieht nach 1990 eine ungedeckte Schuld vor; die bis 1993 auf eine Höhe von 67,5 Mio. Fr. anwachsen könnte, während bisher im staatlichen Finanzhaushalt ein Deckungsüberschuss vorhanden war. Bis zum Ende der Planungsperiode reduzieren sich die Reservemittel, von heute 165 Mio. Fr. auf rund 41 Mio. Fr. Bereits das Budget 1989 geht davon aus, dass zur Deckung der Staatsausgaben erhebliche Fondsmittel eingesetzt werden müssen.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Voranschlag 1989 werden 36,5 Mio. Fr. in die staatlichen Fonds eingelegt, auf der anderen Seite jedoch 66,2 Mio. Fr. entnommen, so dass sich per Saldo Mehrentnahmen von 29,7 Mio. Fr. ergeben. Im Bericht an den Landtag heisst es dazu: «Zur Vermeidung der Aufnahme von Fremdkapitalen erweist sich deshalb der Einsatz von Reservemitteln aus den aus Überschüssen gebildeten Fondsbeständen für sinnvoll und angezeigt, um eine grösstmögliche Eigenfinanzierung der Investitionsausgaben zu sichern. Der Voranschlag sieht aus diesem Grund die Entnahme von Deckungsmitteln aus den Reservefonds in der Höhe von 29,7 Mio. Fr. netto vor. Mit dieser Vorwegnahme kann der Fehlbetrag der Gesamtrechnung auf 3,2 Mio. reduziert werden.» In einer Zeit der Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung und einer guten Auslastung aller wirtschaftlichen Kapazitäten in Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetrieben ist der Staat dank der in den letzten Jahren betriebenen Finanzpolitik in die

Situation geraten, Reservemittel anzugreifen, statt die staatlichen Reserven für wirtschaftlich schlechtere Zeiten weiter aufzustocken.

Schwarz malen wegen roten Zahlen?

Unterschiedliche Auffassungen über die einzuschlagende Finanzpolitik prägen in den letzten Jahren die Debatten im Landtag. Als der Voranschlag der Regierung für das Jahr 1988 vor der Genehmigung stand, erklärte sich der VU-Abgeordnete Alfons Schädler zufrieden über die «befriedigende Gestaltung der Finanzsituation für unser Land» und gab zu verstehen, dass er dem kommenden Rechnungsjahr «mit Zuversicht entgegensehen» könne. Demgegenüber betonte FDP-Fraktionssprecher Josef Biedermann, dass in der Gesamtrechnung über 25 Mio. Fr. ungedeckt blieben, die Regierung zur Deckung dieser Mehrausgaben die Entnahme von Mitteln aus dem Reservefonds vorschlägt: «Um fast 23 Mio. Fr. sollen die Fonds zur Eigenfinanzierung der veranschlagten Ausgabenverpflichtungen schrumpfen.»

Ferner führte der FDP-Fraktionssprecher aus, dass aus der Finanzplanung deutlich werde, «dass diese Entwicklung in die «roten Zahlen» führt, wenn die zukünftigen Landesvoranschläge nicht besser gestaltet werden können.» Nach Auffassung der FDP-Fraktion sollte es nach seinen Ausführungen möglich sein, ein Budget vorzulegen, ohne den Einsatz von ersparten Mitteln vornehmen zu müssen. Und dann prägte er den abschliessend mehrfach kolportierten Satz: «Es geht uns nicht nur darum, schwarz zu

malen, sondern rechtzeitig auf den negativen Trend aufmerksam zu machen oder anders gesagt, wir müssen schwarz malen, damit wir nicht in die roten Zahlen kommen.»

Welche Schlüsse zieht der Finanzminister?

Schon während der letztjährigen Budgetdebatte forderte die FDP-Fraktion von der Regierung, Möglichkeiten zu Einsparungen aufzuzeigen, um in Zukunft einen grösseren Überschuss aus der laufenden Rechnung zu erwirtschaften. Es wäre, so erklärte FDP-Fraktionssprecher Josef Biedermann im Landtag, für alle von grossem Interesse zu erfahren, «welche Schlüsse der Finanzminister nun wirklich ziehen will, welche Prioritäten die Regierung setzen wird, damit unser Staat auch in Zukunft eine gesunde finanzielle Basis hat.»

Zumindest für das Budget 1989 haben diese Forderungen noch keine konkreten Auswirkungen nach sich gezogen, wenn in Betracht gezogen wird, dass der Einsatz von Fondsreserven noch höher als im Vorjahresbudget ausfallen soll. Bisher konnte die Regierung darauf vertrauen, dass am Schluss dank der vorsichtigen Budgetierung und der nicht vollständigen Ausschöpfung der Investitionsmittel ein Überschuss in der Rechnung resultierte. Diese Hoffnung dürfte 1989 nicht mehr bestehen, denn die Regierung weist in ihrem Bericht an den Landtag darauf hin, dass nach den Zwischenergebnissen für 1988 davon ausgegangen werden könne, dass die Einnahmequellen weitgehend «an der oberen Grenze angelangt» seien.

Warnungen bestehen schon längere Zeit

Die Finanzpläne früherer Jahre haben schon aufgezeigt, dass bei Weiterführung der heutigen Finanzpolitik der Einsatz von Reserven notwendig werden, auch wenn die Wirtschaft floriert wie noch nie. In der Budgetdebatte 1986 erklärte Landtagsvizepräsident Josef Büchel (FBP), man müsse sich wirklich fragen, ob die Fondsreserven gerade in jenen Zeiten angezapft werden müssten, in denen noch mit hohen Steigerungsraten bei den Einnahmen gerechnet werden könne. Ein Jahr zuvor fragte er die Regierung im Landtag an: «Der Trend, dass die Ausgaben der laufenden Rechnung stärker anwachsen als die Einnahmen, ist nichts Neues und kann nun schon über mehrere Jahre beobachtet werden. Ich frage mich, was will die Regierung unternehmen, um diese ungleich verlaufenden Kurven einander anzugleichen? Auf die Dauer muss die jetzt sichtbare Scherenbewegung doch aufgehalten und in geordnete Bahnen gelenkt werden.»

Schon 1984 hatte sich der FDP-Abgeordnete Noldi Frommelt für vermehrte Reserveneubildung ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass in den Finanzplänen der Regierung nur die laufenden Kosten und die geplanten Investitionen für Hoch- und Tiefbauten enthalten seien. Doch Überlegungen, wie die Schädigungen der Umwelt oder andere zukünftige Aufwendungen finanziert werden könnten, seien in den Finanzplanungen nicht enthalten. Seither sind fünf Jahre vergangen, ein Finanzplan gleich dem anderen, die Mahnungen und Forderungen blieben unberücksichtigt.



Auch dieses Jahr hat der bewährte Weihnachtsmann wieder ein paar Überraschungen für die Kinder bereit. So bringt er u.a. einen netten Film mit und führt einen Wettbewerb mit schönen Preisen durch.

Einladung zur Kinderweihnacht

Liebe Kinder, wir laden Euch auch dieses Jahr herzlich zur VOLKSBLATT-Kinderweihnacht ein. Wir erwarten Euch am kommenden Sonntag, den 18. Dezember 1988, um 14.30 Uhr im Vaduzer Saal. Die Saal-Öffnung ist jedoch bereits um 14 Uhr, so dass Ihr Euch bereits vorher etwas an die weihnachtliche Stimmung im geschmückten Saal gewöhnen könnt.

Unser bewährter Weihnachtsmann hat wieder ein paar Überraschungen für Euch bereit, er freut sich bereits auf ein Wiedersehen mit Euch. Eine dieser Überraschungen sei hier bereits verraten: Er bringt den Film «Das kleine Mädchen mit den Streichhölzern» mit. Dazu macht er einen Wettbewerb mit Euch, wo Ihr schöne Preise gewinnen könnt.

Und dann wollen wir natürlich auch Weihnachten feiern, mit Gedichten und Gesang, mit fröhlicher Stimmung und Weihnachtsgebäck. Der Kinder- und Jugendchor Mauren wird uns musikalisch durch den Nachmittag begleiten, eine Kindergruppe führt für Euch ein Krippenspiel vor. Der Weihnachtsmann hätte selbstverständlich auch Freude daran, wenn Ihr ein Gedicht auflesen oder ein Weihnachtslied vortragen könntet. Wer also eine Idee hat, soll sich vorbereiten.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Euch, liebe Kinder. Also, bis am nächsten Sonntag, um 14 Uhr im Vaduzer Saal.

Die Geister scheiden sich noch

Das neue Oberstufenmodell stand bei den Lehrern zur Diskussion

(G.M.) - Im Rahmen der Änderung des Schulgesetzes, die seit Jahren mit der breiten Vernehmlassung «Schule wohin?» vorbereitet wird, soll auch ein neues Oberstufenmodell vorgestellt werden. In der neuesten Ausgabe des «Volksbildhauer», der Zeitung des Primarlehrervereins, sind die Argumente der einzelnen Schulstufen, der Elternvereinigungen sowie weiterer betroffener Kreise aufgelistet. Über das neue Oberstufenmodell, wie es die Regierung vorschlägt, scheiden sich die Geister - vorläufig noch.

Nach dem Regierungsmodell würde die Primarschule auf den bisherigen fünf Stufen belassen, die Dreiteilung der weiterführenden Schulen jedoch erst nach einer Orientierungsstufe vorgenommen. Nach der fünfjährigen Primarschule würden die Schüler nach diesem Modell in Real- und Oberschule aufgeteilt, anschliessend - nach zweijähriger Orientierungs- und Selektionszeit - in die drei Schultypen Oberschule, Realschule und Gymnasium umgeteilt.

Nach dem «Volksbildhauer» haben sich die Primarlehrer, Real- und Oberschullehrer für das neue Oberstufenmodell ausgesprochen, während die Gymnasiallehrer dem neuen Modell skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Der Primarlehrerverein tritt nach dieser Darstellung für eine Schulstruktur ein, die den Zeitpunkt der Selektion möglichst weit hin-

ausschiebt, bedauert aber gleichzeitig, dass die Rückführung der sechsten Schulstufe in die Primarschule «kein Gesprächsthema» war. Generell aber ist der Primarschulverein der Auffassung, dass in unserem Land zu früh selektioniert werde.

Der Oberschullehrerverein spricht sich gemäss «Volksbildhauer» dafür aus, dass der Oberschule nach dem neuen Modell mindestens vierzig Prozent der Schüler zugewiesen und innerhalb der Orientierungsstufe weiter differenziert werden muss. Wie die Reallehrer befürworten die Oberschullehrer die Einführung des «gebrochenen Bildungsweges» mit Verkürzung der Gymnasialzeit.

Krankenversicherung: Neuanlauf

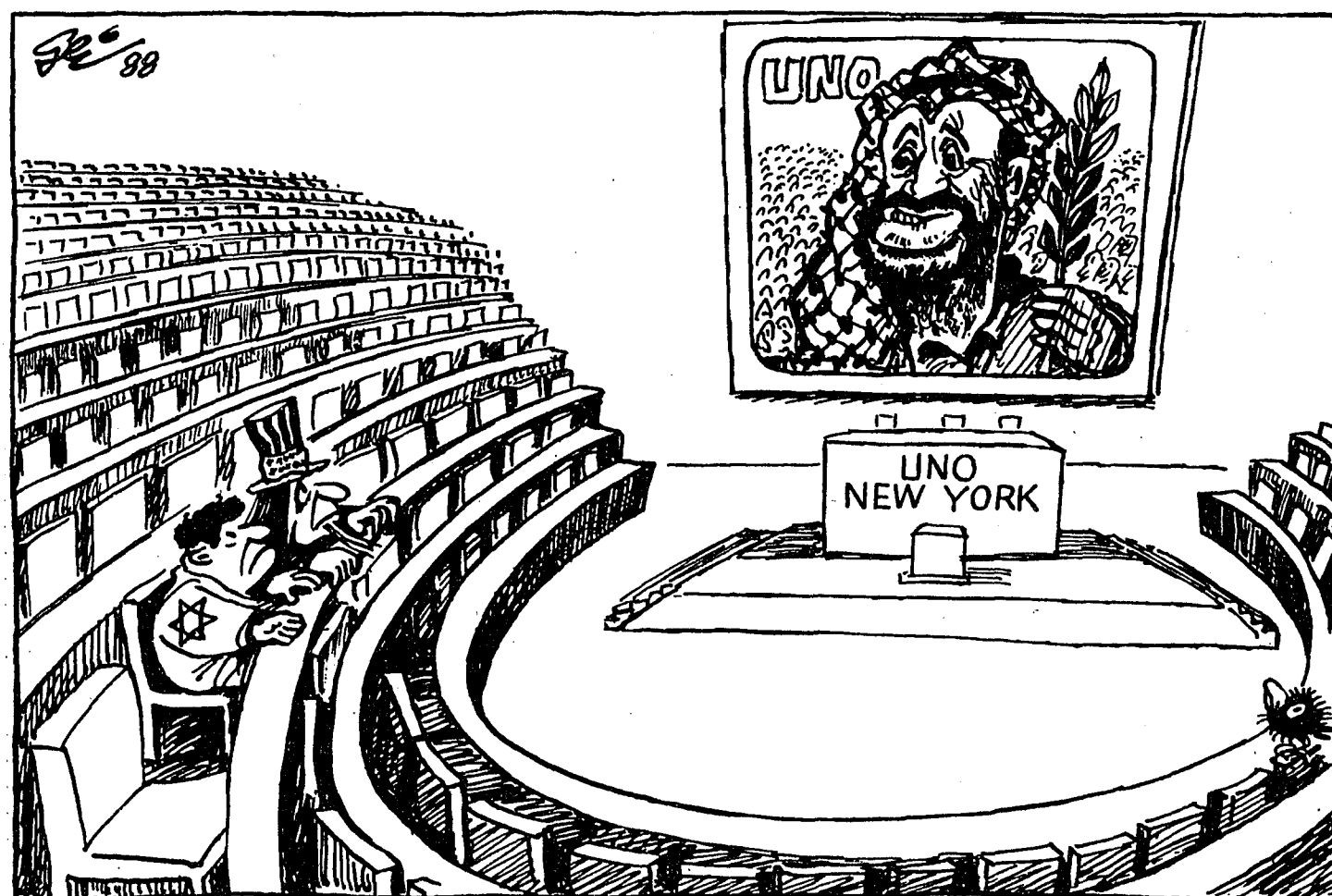
Krankenkassen-Initiative in der Schweiz ohne Chance

Bern (AP) Ein Jahr nach der Abfuhr für eine Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung in der Schweiz wagt der Ständerat einen neuen Anlauf: Mit 24 gegen vier Stimmen genehmigte er am Mittwoch eine Teilrevision der Krankenversicherung, mit der die konsensfähigen Reformpunkte des gescheiterten Sofortprogrammes ohne Mutterschaftsgeld aufgenommen und die Bundesmittel um gut 100 Millionen Franken aufgestockt werden.

Als untauglicher Versuch, die drängenden Probleme des durch massive Kostensteigerungen geprägten Gesundheitswesens zu lösen, wurde die Krankenkassen-Initiative betrachtet. Der Rat empfiehlt die mit einer Rekordzahl von über

390 000 Unterschriften eingereichte Volksinitiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» des Schweizerischen Krankenkassenkonkordats (KSK) oppositionslos mit 37 Stimmen zur Verwerfung. Mit der Teilrevision sollen die Initianten zum Rückzug bewegt werden, die aber die Beratung im Nationalrat sowie ein allfälliges Referendum abwarten, bevor sie entscheiden.

Die im April 1985 eingereichte Krankenkassen-Initiative fordert kostendämpfende Massnahmen, zielt jedoch in erster Linie auf eine massive Aufstockung der seit 1976 praktisch eingefrorenen Bundesmittel ab. Sie müssten von heute rund 985 Millionen innert zwei Jahren auf 2,5 Milliarden erhöht werden.



Live aus Genf

(Copyright: Cosmopress Genf)

Brilliant-schmuck ist im spezialisierten DIAMANT-HAUS besonders günstig

sicher aktuell

Geldanlage in Diamanten

DIAMANT-HAUS

Vaduz, Herrengasse 27, Tel.: 075/29090

(Telefondienst rund um die Uhr)

Balans®
REZEPTFREI

THONY

FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22

WOHNEN